



Antworten der SPD

- 1. Aufgrund der enormen finanziellen Mehraufwände, die wegen der Corona-Pandemie zum Erhalt der Wirtschaft und anderer Bereiche notwendigerweise geleistet wurden, besteht unter unseren Mitgliedseinrichtungen die große Sorge, dass die Kinder- und Jugendlichen und die außerschulische kulturelle Jugendarbeit als große Verlierer*innen aus der Corona-Pandemie hervorgehen und bei der Aufstellung des nächsten Doppelhaushaltes Einschnitte erfahren werden. Wir als fachpolitischer Dachverband teilen diese Sorge. Wie werden Sie die bestehende Infrastruktur der Kulturellen Bildung aufrechterhalten, finanziell ausstatten und zukunftsorientiert gestalten?**

Die Berliner SPD hat sich dafür eingesetzt, die Mittel für den Projektfonds Kulturelle Bildung in den letzten Haushaltsjahren kontinuierlich aufzustocken. Mit Blick auf die angespannte Haushaltssituation nach der Pandemie stellen wir in unserem Landeswahlprogramm klar: **Mit der Berliner SPD wird es kein „Heraussparen“ aus der Krise geben.** Unsere Antwort auf diese Herausforderung ist stattdessen eine **Kulturoffensive**, die eine Anschubfinanzierung über einen Sonderfonds bereitstellt, um zusätzliche Kulturangebote in freien Bühnen, Kultureinrichtungen und anderen Kulturräumen zu ermöglichen – dies gilt auch für den Bereich der kulturellen Bildung.

Die SPD begreift kulturelle Bildung als **Querschnittsaufgabe** zwischen Kulturpolitik, Jugendpolitik und Bildungspolitik und setzt sich dafür ein, diese möglichst in allen relevanten Bereichen finanziell dauerhaft zu stärken. So ist seit Anfang 2020 das **Jugendförder- und Beteiligungsgesetz** in Kraft, das die SPD auf den Weg gebracht hat. Berlin übernimmt damit eine bundesweite Vorreiterrolle und baut die Angebote für Kinder und Jugendliche stadtwweit aus. Diese reichen von Jugendfreizeiteinrichtungen und Abenteuerspielplätzen über Festivals und Jugendreisen bis hin zu Kinder- und Jugendparlamenten. Insofern kommt das Gesetz auch **Trägern der kulturpädagogischen Kinder- und Jugendarbeit** zugute. Ein wesentlicher Teil der kulturellen Bildung in Berlin wird in und von Kultureinrichtungen und -initiativen geleistet. Diese wollen wir in Zukunft durch eine solide und dauerhafte Finanzierung stärken. Deshalb strebt die Berliner SPD ein **Kulturfördergesetz für Berlin** an, das der Kulturförderung eine rechtliche und verlässliche Grundlage gibt und das kulturelle Potenzial der Stadt krisensicher weiterentwickelt. Hiervon würden sowohl Träger kulturpädagogischer Angebote als auch andere Kunst- und Kultureinrichtungen in Berlin profitieren.

- 2. Im Rahmen der Bildungsprozesse von Kindern und Jugendlichen spielt Kulturelle Bildung in- und außerhalb von Schule eine besondere Rolle. Welche Bedeutung hat Kulturelle Bildung aus Sicht Ihrer Partei und welche Aufgaben ergeben sich daraus in den nächsten 5 Jahren?**

Der Anspruch einer sozialdemokratischen Kulturpolitik für Berlin ist, kulturelle Bildung, Beteiligung und Betätigung für die vielen zu sichern – auch und gerade für die kleinen Berliner:innen. Für uns ist klar: Kulturelle Bildung will mehr sein als nur Musik- und Kunstunterricht im Fächerkanon. Vielmehr geht es uns darum, Kulturvermittlung als grundlegenden und nachhaltigen Bestandteil sowohl der schulischen als auch der außerschulischen Bildung zu fördern.



Antworten der SPD

Deshalb misst die Berliner SPD der Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung eine wesentliche Rolle bei der Verwirklichung einer sozialdemokratischen Kulturpolitik bei. Egal ob Malprojekte, Musikunterricht, Lesestunde, ein Theater- oder ein Museumsbesuch – **kindergerechte Kulturvermittlung, kulturelle Bildung** und die **Förderung kulturbezogener Aktivitäten** im Kindesalter sind für uns ein unverzichtbarer Grundpfeiler eines guten Aufwachsens. „**Kultur von Anfang an**“ – getreu diesem Leitprinzip tritt die Berliner SPD für eine Kulturvermittlung ein, die bereits bei der Vorschulpädagogik ansetzt und sich über die Grund- und weiterführenden Schulen bis hin zur Hochschule durchzieht. In diesem Sinne ist kulturelle Bildung für die Berliner SPD eine **Querschnittsaufgabe zwischen Kulturpolitik, Jugendpolitik und Bildungspolitik**. Unser Ziel bleibt es, allen Kindern in Berlin, unabhängig von Herkunft, Bildung, sozialer Lage und finanziellen Mitteln ihrer Eltern, den Erwerb von Kompetenzen in einer selbstgewählten künstlerischen Ausdrucksform zu ermöglichen. Darüber hinaus sollen sie Fähigkeiten für eine **aktive und kritische Kunst- und Kulturnutzung** erwerben.

3. Das Bundesjugendkuratorium fordert einen DigitalPakt Kinder- und Jugendhilfe, eine Strategie, die über eine angemessene Ausstattung mit Internetverbindungen und geeigneter Hard- und Software deutlich hinaus geht. Die Lebenswelten und Rechte der Kinder- und Jugendlichen in ihrem digitalen Alltag sollen berücksichtigt und digitale Ungleichheiten beseitigt werden, um nur einige Punkte zu nennen. Was hat Ihre Partei in den nächsten fünf Jahren zum Thema Digitalität vor?

Die Pandemie hat die Bedeutung digitaler Infrastrukturen hervorgehoben und den Nachholbedarf bei der Digitalisierung des Bildungswesens deutlich gemacht. Hier sieht die Berliner SPD ihren Auftrag für die nächsten Jahren. Wir wollen Berlins **Digitalpolitik als Querschnittsaufgabe** neu ausrichten und mit einer **Digitalisierungsoffensive** für Berlin **digitales Mainstreaming** in allen Bereichen der Stadtgesellschaft fördern, insbesondere jedoch im Bildungsbereich.

Die **Digitalisierungsoffensive** in der pädagogischen Arbeit ist wie die Schulbauoffensive eine große gesamtstädtische Aufgabe mit geteilten Zuständigkeiten zwischen Land und Bezirken. Ähnlich wie bei der Schulbauoffensive wollen wir die Digitalisierungsoffensive von einer zentralen Taskforce koordinieren lassen. Um die Schulen in ihrer Eigenständigkeit bei der Beschaffung, Instandhaltung und den Umgang mit Hard- und Software zu unterstützen, setzen wir ergänzend auf einen **landeseigenen Dienstleister für Digitale Bildung in Berlin**. Damit die Digitalisierung der Schulen gelingt müssen drei Perspektiven berücksichtigt werden. Erstens müssen die Rahmenbedingungen, insbesondere die Anbindung der Schulen an das Glasfasernetz gewährleistet sein. Zweitens müssen wir die Voraussetzungen für digitalen Unterricht in den Schulen schaffen. Dazu braucht es WLAN, und ein passives Netz. Drittens braucht es einen zentralen Dienstleister, der die Schulen bei der Beschaffung, Instandhaltung und den Umgang mit Hard- und Software unterstützt.

Mit der fortschreitenden Digitalisierung muss sich auch die pädagogische Praxis ändern. Um das zu ermöglichen streben wir mittelfristig die digitale Lernmittelfreiheit an und entwickeln kurzfristig auf Landesebene ein **sozialverträgliches Finanzierungsmodell „Endgeräte als**



Antworten der SPD

Service“, aus welchem Schüler:innen Leihweise Geräte beziehen können. Dafür wollen wir uns auf Bundesebene für eine Weiterentwicklung des Digitalpakts Schule und für seine effiziente Umsetzung im Land Berlin einsetzen. Darüber hinaus erhalten alle Pädagog:innen ein mobiles Endgerät, das sie sowohl für den Unterricht als auch für ihre Verwaltungsaufgaben nutzen können. Wir wollen sowohl **datenschutzrechtskonforme und nutzerfreundliche Lernplattformen** selber bereitstellen und zugleich die Freiheit der Schulen bewahren sich im Rahmen ihrer Eigenständigkeit für andere Lösungen zu entscheiden. Dabei unterstützen wir sie in einer datenschutzkonformen Umsetzung.

Mit einer **Open-Educational-Resources-Strategie** und einem attraktiven Anreizsystem motivieren wir Pädagog:innen, sich untereinander zu vernetzen und ihre digitalen Lerninhalte zu teilen. Die digitalen Kompetenzen der Pädagog:innen werden systematisch durch Fortbildungen gestärkt. Daher wird auch die Errichtung des landesweiten Fortbildungszentrums Priorität haben. Letztlich müssen **digitale Bildungsinhalte in jedem Fach** verankert sein und zusätzlich die Informations- und Medienkompetenz gestärkt werden.

Auch **Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Erziehungshilfeschwerpunkte** sowie die **außerschulischen Bildungseinrichtungen** in Berlin leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum staatlichen Bildungsauftrag und müssen dementsprechend in die Digitalisierungsoffensive Berlins einbezogen und mit entsprechender Förderung gestärkt werden. Auf der Jugend- und Familienministerkonferenz haben sich die sozialdemokratischen Minister:innen dafür eingesetzt, den Fokus auf die Entwicklung von Digitalisierungsstrategien in der Kinder- und Jugendhilfe zu legen. Die SPD wird daran arbeiten, die entsprechenden Konsequenzen daraus zu ziehen.

4. Kürzlich ist die Aufnahme von Kinderrechten in das deutsche Grundgesetz vorerst gescheitert. Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei, um die Rechte von Kindern zu stärken?

Kinder sind Träger von Rechten, sie sind Wesen mit eigener Menschenwürde und einem eigenen Recht auf Entfaltung ihrer Persönlichkeit. Für die SPD bleibt es deshalb dabei: **Kinderrechte gehören ins Grundgesetz**. In dieser Legislaturperiode haben wir uns im Bund für eine entsprechende Grundgesetzänderung eingesetzt, die letztlich am Willen der CDU/CSU gescheitert ist. Die Grundrechtsänderung zielte darauf ab, dass Kinder und Jugendliche zukünftig nicht als „kleine Erwachsene“, sondern als eigenständige Grundrechtsträger:innen anerkannt werden. Hierdurch sollte sichergestellt werden, dass Heranwachsende besonders geschützt, gefördert und ernst genommen werden müssen, wodurch auch dem Rechtsgut des Kindeswohls Verfassungsrang zukäme. Die SPD ist weiterhin entschlossen, in der nächsten Legislaturperiode die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz durchzusetzen und dafür die notwendigen Mehrheiten zu erzielen.

Anders als im Grundgesetz sind die Kinderrechte in Berlin in Art. 13 VvB. der Berliner Verfassung längst verankert. In diesem Sinne setzt sich die Berliner SPD für einen umfassenden Kinder- und Jugendschutz ein. Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf ein sicheres Zuhause und eine gewaltfreie Erziehung. Damit sie sicher aufwachsen können, muss ihr



Antworten der SPD

Schutz vor jeder Form von Gewalt und Mobbing oder Cybermobbing in allen Lebensbereichen gewährleistet werden. Für einen guten Kinderschutz bauen wir Beratungs- und Unterstützungsangebote aus. Dafür tragen Jugendämter eine große Verantwortung, deren Arbeit wir technisch, personell und finanziell so absichern, dass der Kinder- und Jugendschutz gewährleistet werden kann, junge Menschen in Not immer geeignete Ansprechpersonen finden und die Kinder- und Jugendhilfe insgesamt gestärkt wird. Wir werden konsequent gegen sexuellen Missbrauch an Kindern und Jugendlichen vorgehen und einen Berliner Maßnahmenplan für den Kampf gegen sexuellen Missbrauch erarbeiten. Damit wollen wir Schutz, Fachberatung, Intervention, polizeiliche Ermittlung und Hilfen in Berlin verbessern und auch die Justiz in Berlin kindgerecht gestalten. Dabei orientieren wir uns an den Empfehlungen des Nationalen Rates gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen. Die Berliner SPD wird zudem **eine/n unabhängige/n Beauftragte/n für Kinderrechte und Kinderschutz auf Landesebene** einsetzen.

5. Die Herausforderungen unserer Zeit sind Inklusion, kulturelle Teilhabegerechtigkeit und Partizipation (s. Kulturelle Bildung. Das Rahmenkonzept 2016 für Berlin, S.7). Wie schafft Ihre Partei die Grundlagen dafür, welche Ressourcen werden zur Verfügung gestellt?

Inklusion und gesellschaftliche Teilhabe sind vor allem eine Frage des Bildungsangebots. Unser Ziel ist „**Inklusion von Anfang an**“. Wir wollen (vor-)schulische Bildungs- und berufliche Ausbildungsstätten der Stadt barrierefrei gestalten. Besonders Kitas und Schulen werden noch stärker mit notwendigen therapeutischen, pflegerischen und sächlichen Mitteln ausgestattet und die Aus- und Fortbildungen (früh)pädagogischer Fach- und Lehrkräfte stärker auf den inklusiven Teilhabegrundsatz ausgerichtet.

Damit wir allen unseren Kindern gerecht werden, ist es uns wichtig, die Schulen finanziell und personell besonders gut auszustatten, an denen die Bedingungen für Lehrer:innen, Eltern und Schüler:innen aufgrund der sozialen Lage schwieriger sind als anderswo. Gerade an diesen Schulen ist es wichtig, die zusätzlichen kulturellen und künstlerischen Angebote (Wahlpflichtkurse, AGs und Ensembles) zu stärken. Maßgeblich ist für uns der Anteil an BuT-Berechtigten Schüler*innen in den Schulen. Anhand dieses Indikators steuern wir bereits jetzt die Mittel aus dem **Bonusprogramm**, die **Brennpunktzulage**, **Sprachfördermittel** und Stellen für die **Schulsozialarbeit**. Auch künftig wollen wir nach diesem Prinzip den Betreuungsschlüssel absenken, Entlastungsstunden verteilen oder die Vertretungsreserve aufstocken. So schaffen wir zeitliche Entlastung, die Schulen in herausfordernder Lage auch für andere Fachkräfte attraktiver machen. Trotz der Einführung diverser unterstützender Instrumente fehlt Berlin eine nachweisbare Kopplung zwischen den eingesetzten Instrumenten und den erhofften Erfolgen. Um dem zu begegnen, führte Berlin das **Indikatormodell als Kernstück der datenbasierten Schul- und Unterrichtsentwicklung** ein. Das Zusammenwirken beider Instrumente erproben wir zurzeit im Rahmen der **Berlin Challenge**, die wir künftig ausbauen wollen. Sollte das Projekt erfolgreich verlaufen, wäre die Grundlage geschaffen, auf der flächendeckend ein Zusammenspiel zwischen besonderer Mittelzuweisung an Schulen in schwieriger Lage und der datenbasierten Schul- und Unterrichtsentwicklung ermöglicht wird. Wichtigstes Mittel sind hier

Antworten der SPD



die Schulverträge zwischen Schulen und Schulaufsicht, die es zu verbessern gilt. Eine Steigerung der **Schulqualität braucht eine eigenständige und problembewusste Schule**, die frei in der Wahl der Mittel und eng in der Kontrolle der Zielerreichung ist.

Ein wichtiger Schritt für die Bildungsintegration aller Berliner Kinder ist zudem eine solide **Sprachförderung**: Mehrsprachig aufwachsende Kinder müssen beim Erwerb der deutschen Sprache besonders unterstützt werden. Wir entwickeln aktuelle **Instrumente zur Sprachstanderhebung, Sprachlerndokumentation und kultursensiblen Sprachförderung** weiter, um insbesondere auf die besondere Bedeutung der Sprachenvielfalt in Berlin besser eingehen zu können. Kitas in schwieriger Lage werden durch Modelle der aktivierenden Elternarbeit mit Sozialarbeiter:innen sowie durch Modelle ehrenamtlicher Sprachpat:innen unterstützt. Wo immer es möglich ist, bauen wir die Angebote der Sprachkitas aus und entwickeln diese zu Familienzentren weiter.